

## Jetzt Mitglieder für die Medaille vorschlagen!

Die ersten Vorschläge sind bereits per Post und Mail in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin eingegangen: kurze Beschreibungen ehrenamtlich tätiger Mitglieder, die sich in besonderer Weise um unseren Verband verdient gemacht haben. Und die es in den Augen ihrer SoVD-Mitstreiterinnen und Mitstreiter verdient haben, mit einer Auszeichnung gewürdigt zu werden. Die Rede ist von der SoVD-Ehrenmedaille, die im Rahmen des großen Bürger- und Familienfestes vom 30. September bis 1. Oktober an drei ehrenamtliche Mitglieder verliehen werden soll.

Verbunden mit der Verleihung der Medaille ist ein Übernachtungsgutschein für zwei Personen (je zwei Übernachtungen und Frühstück) im Hotel Mondial in Berlin inklusive der Reisekosten. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden außerdem in der SoVD-Zeitung porträtiert.

Zur Teilnahme hat der SoVD-Bundesverband bereits in der vergangenen Ausgabe der SoVD-Zeitung aufgerufen. Hintergrund ist der Wunsch, die Abschlussveranstaltung in besonderem Maße der Würdigung des ehrenamtlichen Engagements zu widmen. Stellvertretend für viele andere sollen deshalb drei Personen besonders hervorgehoben werden. Zu diesem Anlass wird eigens eine Sonderedition der SoVD-Jubiläumsmedaille in Silberlegierung gefertigt.

### Anträge schriftlich und mit Begründung einreichen!

Grundsätzlich können alle SoVD-Orts-, -Kreis- und -Landesverbände verdiente Mitglieder vorschlagen. Auch Einzelpersonen können Anregungen einreichen. Möglich sind zudem gegenseitige Vorschläge. Wichtig ist in allen Fällen eine ausreichende Darstellung der Verdienste.

Bitte richten Sie Ihre Anträge schriftlich unter dem Stichwort „SoVD-Medaille für besonderes Engagement“ an die SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Bundesgeschäftsführung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax: 030/72 62 22-311.

Anregungen und Vorschläge sollten wenigstens folgende Angaben über die vorgeschlagene Person enthalten:

- Name und Familienname
- Wohnanschrift und Geburtsdatum
- Darstellung von Art und Umfang der besonderen Verdienste um den Verband und das allgemeine Wohl
- Kontaktpersonen oder -einrichtungen, die zum Vorschlag Stellung beziehen können (und deren Kontaktdaten).

Einsendeschluss für Vorschläge ist der 31. Juli 2017. Weitere finanzielle Zuwendungen sind mit der Gratifikation nicht verbunden. Die Auszeichnung kann nicht posthum verliehen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## 22. Kongress Armut und Gesundheit: „Gesundheit solidarisch gestalten“

# Sozialstatus wirkt auf Gesundheit

Am 16. und 17. März fand an der Technischen Universität Berlin zum 22. Mal der Kongress Armut und Gesundheit statt. Bei Deutschlands größter jährlicher Veranstaltung im Bereich öffentliche Gesundheit stand diesmal das Thema Solidarität im Mittelpunkt.

Der große, bundesweite Kongress – ausgerichtet von „Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung“ und vielen Unterstützern – versteht sich als Informationsplattform. Er will Fachleute aus Politik, Praxis und Wissenschaft (deutsch und international) zusammenbringen, um Konzepte auszuarbeiten, die die Gesundheitschancen und Teilhabe von Menschen in sozial belasteten Lebenslagen bessern.

### Zusammenhang zwischen Sozialsituation und Gesundheit

Das Kongressmotto „Gesundheit solidarisch gestalten“ nahm ein Fazit vorweg: Es gebe in Deutschland immer noch einen starken Zusammenhang zwischen sozialem Status und Gesundheit. Daher sei mehr Solidarität gefragt. Soziale Unterschiede nähmen zu; auch im Bereich Gesundheit.

So steige laut Forschung zwar die Lebenserwartung insgesamt, doch hänge sie nachweislich von Einkommen, Bildungsstand und beruflicher Stellung ab. Dr. Thomas Lampert vom Robert Koch-Institut sagte: „Männer und Frauen mit einem Einkommen unterhalb der Armutrisikogrenze haben im Vergleich zu den hohen Einkommensbeziehern eine um elf bzw. acht Jahre geringere mittlere Lebenserwartung bei Geburt. Das Risiko für chro-



Foto: ruslanshug/fotolia

### Armut schmälert Gesundheitschancen – besonders bei Kindern.

nische Krankheiten wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes und chronische Bronchitis ist in den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zwei- bis dreifach erhöht.“

### Nur Eigenverantwortung des Individuums?

Ein weiteres Ergebnis war: Der „Trend zur Selbstoptimierung und Vereinzelung, auch in Gesundheitsfragen“ verschärfe die Situation der von Armut Betroffenen und Bedrohten. Zwar seien solidarische Elemente im deutschen Gesundheitswesen stark verankert, doch nehme die „Ausrichtung an wettbewerblichen Handlungsmustern“ zu. Auch stehe zunehmend die Eigenverantwortung der Versicherten im Vordergrund: Das Individuum werde

allein verantwortlich für seine Gesundheit gemacht – obwohl es viele Faktoren nicht selbst kontrollieren könne. Dies strichen wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen heraus.

### Arme Familien und Kinder sind besonders betroffen

Neben vielen weiteren Gesundheitsthemen aus Bereichen wie Pflege, Alter und anderen war ein großer Aspekt die Gesundheit von Kindern. Auf sie wirke sich die Benachteiligung durch Armut besonders aus. Existenzängste, die Hürden beim Inanspruchnehmen von Hilfen und soziale Isolation belasteten Eltern wie Kinder. Die entstandenen Gesundheitsnachteile der Kinder setzten sich oft im späteren Leben fort. *Gesundheit BB/ele*

## SoVD im Gespräch

### Fachstelle für Barrierefreiheit hat beraten

Vor Kurzem fand die konstituierende Sitzung des Expertenkreises der Bundesfachstelle Barrierefreiheit statt. Auch der SoVD ist in dem Gremium vertreten. Die Bundesfachstelle ermöglicht eine Fortschreibung der Arbeit des bisherigen – ehemals von den Behindertenverbänden getragenen – Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit (BKB). Im Zentrum der Sitzung stand die Vorstellung und Diskussion des Arbeitsprogrammes 2017. Dies umfasst die Schwerpunkte Beratungsarbeit und Barrierefreiheit. Geplant sind u. a. eine Auftaktver-

staltung mit den Bundesministerien, ein Barrierefreiheitsparcours, ein Online-Wissenspool zur Barrierefreiheit, Öffentlichkeitsarbeit und die Etablierung von Netzwerken.

Aus Sicht des SoVD ist es wichtig, dass die Bundesfachstelle Barrierefreiheit nicht allein öffentliche Stellen, sondern auch Zivilgesellschaft und Verbände zur Barrierefreiheit beraten kann. Diese Erstberatungsangebote können u. a. für engagierte Gliederungen des SoVD vor Ort von großem Interesse sein. Außerdem sollte sich die Arbeit der Fachstelle nicht allein auf Bundesbehörden beschränken, sondern alle Träger der Öffentlichen Gewalt ansprechen und einbinden.

Infos: <https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de>.

### Anhörung zu gerechteren Beiträgen

Als Sachverständiger hat der SoVD an der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages teilgenommen. Anlass waren zwei Anträge der Fraktion Die Linke zum Thema gerechtere Krankenkassenbeiträge für freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse Versicherte (BT-Drucksachen 18/9711 und 18/9712). In ihren Anträgen fordern die Antragstellerinnen und Antragsteller für diesen Versichertenkreis eine Absenkung der Mindestbeitragsbemessung auf die Geringfügigkeitsgrenze nach § 240 Absatz 4 SGB V.

Diese liegt derzeit bei 450 Euro (2017). Auch der SoVD sieht hier einen lange überfälligen gesetzgeberischen Korrekturbedarf.

Der SoVD hatte die Gelegenheit, mündlich zu der Frage, wie sich die Mehrausgaben durch die solidarische Einbeziehung der Selbstständigen kompensieren ließe, ausführlich Stellung zu nehmen. Hier verdeutlichte der Verband, dass eine Absenkung der Mindestbeitragsgrundlagen für freiwillig Versicherte aber mit erheblichen Einnahmeverlusten aufseiten der GKV verbunden sei.

Satt gerade den Teil der gering verdienenden freiwillig Versicherten herauszugreifen und mit Beitragsforderungen jenseits der tatsächlich finanziellen Leistungsfähigkeit überproportional zu belasten, plä-

diert der SoVD dafür, die gesetzliche Krankenversicherung einheitlicher und solidarischer zu finanzieren.

Hierfür sind aus Sicht des Verbandes neben einer sofortigen Rückkehr zur vollen paritätischen Finanzierung der Beitragssätze zur Krankenversicherung weitere Maßnahmen zur Stärkung der solidarischen Umlagefinanzierung umzusetzen. Hier sind die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und der Versicherungspflichtgrenze hervorzuheben. Die Defizite im Leistungsspektrum und die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung lassen sich langfristig nur durch die Einführung einer Bürgerversicherung lösen.

Siehe Stellungnahme: <https://www.sovd.de/2818.0.html>